

Deutschland vor mühsamem Weg aus der Krise

Die deutsche Wirtschaft hat im Frühjahr die Talsohle durchschritten und befindet sich seither auf dem Weg der Besserung. Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal gegenüber dem Vorquartal bereits leicht zugenommen hatte, deuten die vorliegenden Indikatoren für das dritte Quartal auf einen deutlicheren Anstieg hin. *Von Michael Bräuning und Jörg Hinze*

Die Krise ist damit aber längst nicht überwunden, denn zum einen ist die bisherige Besserung vor allem den Konjunkturstützungsmaßnahmen zu verdanken, zum anderen bewegt sich die Wirtschaftstätigkeit insgesamt noch immer auf stark gedrücktem Niveau, und schließlich liegen die größten Probleme auf dem Arbeitsmarkt noch vor uns. Wie fragil die Wende ist, zeigt der im zweiten Quartal hohe Wachstumsbeitrag seitens des Außenhandels – nämlich 1,6 % bei nur 0,3 % BIP-Anstieg. Dieser ist nicht auf eine Belebung der Exporte zurückzuführen, sondern auf einen im Vergleich zu den Exporten erheblich stärkeren Rückgang der Importe, der wiederum Ausdruck der schwachen Binnenkonjunktur ist.

Angesichts der Tiefe der Krise hat sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt erst wenig verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich seit dem Übergreifen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft vor einem Jahr „nur“ um eine Viertelmillion auf saisonbereinigt knapp 3½ Millionen erhöht. Dieser moderate Anstieg ist hauptsächlich der Ausweitung der Kurzarbeit auf nahezu 1½ Millionen Personen zu verdanken, die die Unternehmen bislang von größeren Entlassungen abhielt; rein rechnerisch entspricht dies 450 000 Vollzeitstellen, die so erhalten wurden. Die Inflationsrate bewegt sich gegenwärtig um die Nullmarke. Hierin spiegeln sich vor allem die im Vorjahresvergleich stark gedrückten Energiepreise, obwohl die Ölpreise seit ihren zwischenzeitlichen Tiefständen zur letzten Jahreswende wieder merklich angezogen haben, aber auch der konjunkturbedingt starke Preiswettbewerb wider.

Angesichts der Exportlastigkeit der deutschen Wirtschaft konnte es nicht verwundern, dass bis zum Frühjahr die Nachfrage aus dem Ausland weitaus stärker zurück-

ging als die aus dem Inland. Mit der seither sich abzeichnenden Wiederbelebung der Konjunktur auch in vielen Handelspartnernländern sind denn auch die Exporte wieder angesprungen. Trotz beachtlicher Zuwachsraten in den letzten Monaten sind sie aber noch weit unter Vorkrisenniveau. Die Binnennachfrage wurde vor allem durch die Investitionszurückhaltung der Unternehmen gedrückt, während der private Konsum nicht zuletzt dank der wegen der Abwrackprämie stark gestiegenen Käufe von PKWs bislang recht robust blieb.

Auch wenn die Wende geschafft zu sein scheint und für das dritte Quartal eine deutliche Zunahme des realen BIP erwartet wird, bedeutet das noch keine Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad. Die Binnennachfrage wird weiter hauptsächlich von den Konjunkturprogrammen gestützt, nunmehr auch von den inzwischen angelaufenen Infrastrukturmaßnahmen. Und auch die Auslandsnachfrage

wird vielfach von den Konjunkturprogrammen in den jeweiligen Ländern getragen. In nächster Zeit muss zudem mit einer verstärkten Anpassung der Beschäftigung an das gedrückte Produktionsniveau gerechnet werden. Das wird auch die Entwicklung von Einkommen und privatem Verbrauch beeinträchtigen. Mit dem Nachlassen dieser Impulse, wird denn auch die konjunkturelle Dynamik wieder gebremst werden. Die Wachstumsraten können vorübergehend sogar nochmals leicht negativ sein.

Trotz Stabilisierung der Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte wird das reale BIP im Jahresdurchschnitt 2009 um 5 % niedriger als 2008 sein. Die Zahl der Arbeitslosen wird in den nächsten Monaten stärker als bisher zunehmen und Ende 2009 um etwa 375 000 höher sein als zur letzten Jahreswende. Die Preisentwicklung wird weiterhin durch den großen Wettbewerbsdruck gedämpft, die Inflationsrate wird sich auch in den kommenden Monaten um die Nulllinie bewegen.

Eckdaten der Konjunkturprognose für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt ¹	3,2	2,5	1,3	-5,0	0,8
Private Konsumausgaben	1,3	-0,3	0,4	0,7	-0,9
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,7	2,0	2,2	0,8
Anlageinvestitionen	7,8	5,0	3,1	-10,2	0,5
Ausrüstungen	11,8	11,0	3,3	-21,3	0,2
Bauten	4,6	0,0	2,6	-1,5	0,6
Sonstige Anlagen	8,9	6,5	5,3	4,1	1,0
Inlandsnachfrage	2,2	1,0	1,7	-1,6	-0,1
Ausfuhr	12,9	7,5	2,9	-14,8	5,8
Einfuhr	11,9	4,8	4,3	-8,6	4,0
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	0,6	1,7	1,4	-0,2	-1,7
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,49	3,78	3,27	3,46	4,00
Arbeitslosenquote ² (in %)	10,3	8,7	7,5	7,9	9,2
Verbraucherpreise (in %)	1,6	2,3	2,6	0,2	0,7
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-1,6	0,2	0,0	-3,0	-4,9
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	6,5	7,9	6,6	3,8	3,9

¹ Preisbereinigt. – ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – ³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2009 und 2010: Prognose des HWWI.

Die Entwicklung im Jahr 2010 wird entscheidend davon abhängen, wieweit die nachlassenden Impulse seitens der Konjunkturmaßnahmen durch Festigung der selbst tragenden Auftriebskräfte (über-) kompensiert werden können. Damit ist zuallererst von Seiten der Auslandsnachfrage zu rechnen. Die sich abzeichnende Wiederbelebung der Weltwirtschaft sollte dem Export Auftrieb geben. Das würde dann auch die Investitionsneigung der Unternehmen stützen, auch wenn sie angesichts der hohen Unterauslastung gering bleiben wird. Die Bauinvestitionen, insbesondere die öffentlichen, werden noch bis weit in das nächste Jahr hinein durch das Konjunkturprogramm II angetrieben. Der private Verbrauch hingegen dürfte wegen des Auslaufens der Abwrackprämie und sinkender Beschäftigung schlecht ins neue Jahr starten und sich erst allmählich wieder fangen. Das bedeutet, auch wenn die selbst tragenden Kräfte sich mehr und mehr verstärken, dass die schwindenden Impulse der Konjunkturmaßnahmen die Aufwärtsdynamik insgesamt dämpfen werden. Im Jahresdurchschnitt ist so nur eine geringe Zunahme des realen BIP zu erwarten. Die Arbeitslosigkeit wird daher weiter deutlich, auf etwas über 4 Millionen, zunehmen. Für Preiserhöhungen wird unter diesen Bedingungen trotz gestiegenen Kostendrucks vorläufig wenig Spielraum sein.

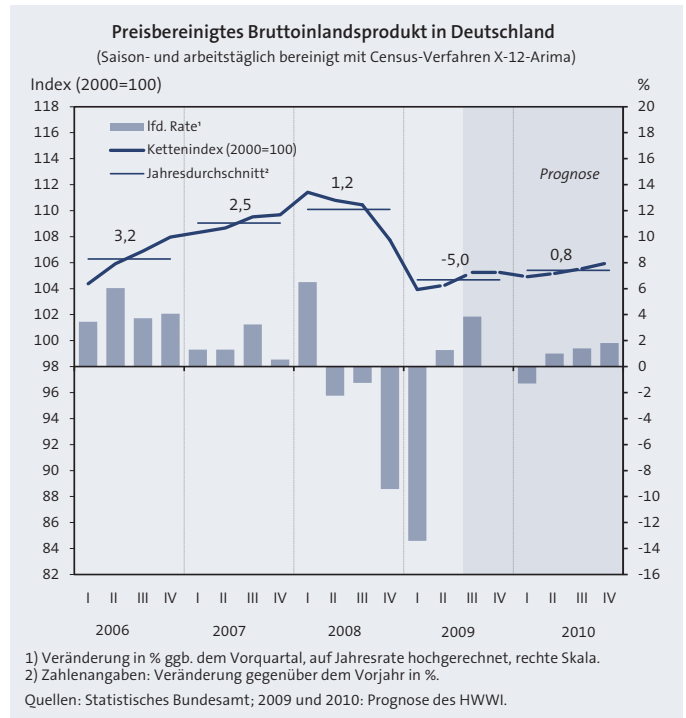
Bei der prognostizierten Entwicklung wird auch im kommenden Jahr der Produktionseinbruch seit Ausbruch Krise bei weitem nicht aufgeholt werden. Ende 2010 wird

GdFF

Mit über 70 000 Euro unterstützt die Gesellschaft der Freunde und Förderer des HWWI (GdFF) unser Institut in 2009. 130 Mitglieder leisten dazu ihren entsprechenden Beitrag. Ein besonderes finanzielles Engagement zeigen die sieben Strategischen Förderer: Mit mindestens 5 000 Euro Jahresbeitrag sind sie die wesentliche Stütze des Fördervereins. Wer sich zu einer strategischen Mitgliedschaft entschlossen hat, finden Sie unter: www.gdff.org.

das reale BIP nach dieser Prognose saisonbereinigt noch fast 5 % unterhalb des Höhepunkts von Anfang 2008 liegen. Auch bei etwas günstigerer als hier prognostizierter Entwicklung im kommenden Jahr und zügiger konjunktureller Erholung in der Folge würde frühestens im Laufe von 2012 das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden. Ein starker Aufschwung ist schon wegen der Konsolidierungserfordernisse wenig wahrscheinlich. Der in der Krise eingeschlagene extrem expansive Kurs der Geld- wie der Fiskalpolitik muss mit zunehmender Besserung der Konjunktur nicht nur nicht „zurückgefahren“ werden, sondern auf finanzpolitischer Seite sind zur Verminderung der stark angeschwollenen Defizite zusätzliche Maßnahmen notwendig. Sowohl Ausgabensenkungen wie auch Steuer- oder Beitragserhöhungen scheinen unausweichlich. Für die Geld- wie für die Fiskalpolitik bedeutete ein solches Vorgehen einen deutlich restriktiveren Kurs als bisher. Die konjunkturelle Erholung würde demzufolge gedämpft, nicht zuletzt mit Folgen für den Arbeitsmarkt. Auf der anderen Seite würde ein Abwarten der Wirtschaftspolitik und vorläufiges „Laufen lassen“ der Konjunktur andere Gefahren in sich bergen, namentlich für die Preisstabilität und für die Solidität der Staatsfinanzen.

Angesichts des sich abzeichnenden Zielkonflikts zwischen Wachstum und Arbeitsmarkt auf der einen und Konsolidierungserfordernissen auf der anderen Seite stehen Geld- und Finanzpolitik vor einer großen Herausforderung und Verantwortung. Es wäre für die Geld- und Fiskalpolitik riskant, schon bei den jetzt vorliegenden



ersten positiven Konjunktursignalen auf „Exit“ umzuschalten. Ein zu frühzeitiges Umschwenken würde die Gefahr in sich bergen, erste Erholungstendenzen der Konjunktur im Keim abzuwürgen. Den richtigen Zeitpunkt zu finden, ist aber auch aus statistischen Gründen schwierig, da viele wichtige Konjunkturdaten erst mit zeitlicher Verzögerung vorliegen und insbesondere konjunkturelle Wendepunkte erst nach geraumer Frist mit relativer Sicherheit zu determinieren sind.

Bei den beschriebenen Perspektiven wird die Arbeitslosigkeit vorläufig weiter ansteigen und wohl lange Zeit auf einem hohen Niveau bleiben. Der daraus entstehende politische Handlungsdruck dürfte dazu führen, dass Geld- und Fiskalpolitik eher verzögert reagieren. Solange die Kapazitäten noch unterausgelastet sind, bleiben die Preiserhöhungsspielräume gering. Mit dem Zeitpunkt, zu dem die Kapazitäten wieder Normalauslastung erreichen oder sogar überschreiten, könnten dann aber die Inflationsrisiken virulent werden. Dies gilt umso mehr, wenn externe Inflationsanstöße hinzu kämen, etwa durch ein wieder in die Höhe Schiessen der Rohstoffpreise bei einer Trendwende der Weltkonjunktur.